

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 7

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WARTEN AUF DIE FINANZORDNUNG

Die «Bundesfinanzreform 1978» lässt auf sich warten. Und noch ist völlig ungewiss, ob letzten Endes nicht eine «Finanzordnung 1980» oder gar 1981 daraus wird. Die Situation ist gegenwärtig völlig verworren. Auch wer sonst nicht zum «Extremjournalismus» der harten Formulierungen um jeden Preis neigt – in diesen Tagen tut er schwer daran, das Wort von der Führungsunfähigkeit des Parlaments zu vermeiden. Als im vergangenen Sommer und Herbst über das weitere Vorgehen nach dem Nein zum Finanzpaket vom 12. Juni 1977 diskutiert wurde, konnte man in guten Treuen verschiedener Ansicht sein: Zur Auswahl stand eine Übergangslösung mit Erhöhung der WUST (obwohl zuvor kategorisch erklärt worden war, dass eine weitere Verstärkung dieser Steuer aus strukturellen Gründen unerwünscht, ja praktisch untragbar sei) oder aber eine reduzierte Neuauflage der Mehrwertsteuer, wobei man sich allseits bewusst war, dass ein neuerlicher Misserfolg in der Volksabstimmung schwere Folgen haben müsste.

Die Bundesratsparteien entschieden sich schliesslich für eine «Bundesfinanzreform 1978» – mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die sich, wie in letzter Zeit fast immer, die Narrenfreiheit der «oppositionellen Regierungspartei» vorbehalten. Das war im Dezember 1977. Im März präsentierte der Bundesrat die neue Vorlage, die zwar den taktisch schwerwiegenden Nachteil hatte, kaum noch Verhandlungsmargen zu enthalten, die aber immerhin wesent-

lichen Anliegen verschiedener Kreise stark entgegenkam. Doch die Sozialdemokraten verstärkten nun ihre wahlpolitische «Kür»: Sie markierten schroffe Ablehnung des Pakets und erhoben schlecht durchdachte Forderungen nach Massnahmen im Steuersektor, unter völliger Vernachlässigung der dringend nötigen Redimensionierung der Bundesausgaben.

Durch diese demonstrative «Kraftprobe» liess sich zwar die Ständekammer als Erstrat nicht beirren und präsentierte schliesslich eine bereinigte Vorlage, die unter dem Gesichtswinkel einer zeitgerechten liberalen Finanzpolitik gerade noch als tragbar erschien. Doch liess sich damit nicht verhindern, dass ein politischer Auflösungsprozess einsetzte, dessen Ausmass erst heute voll sichtbar wird. Die Haltung der Sozialdemokraten provozierte zunächst den Aufbau von Gegenpositionen, so dass sich die Kommission des Nationalrates bei Aufnahme ihrer Arbeiten schliesslich mit rund dreissig Zusatzanträgen von links bis rechts konfrontiert sah. Sie beschloss zwar trotzdem Eintreten, suspendierte dann aber sofort die Detailberatung, um den «Schwarzen Peter» den Bundesratsparteien weiterzugeben.

Die SP reagierte taktisch nicht ungeschickt mit dem Rückzug ihres Rückweisungsantrags und schien damit den Weg zur Fortsetzung nach ursprünglichem Zeitplan freizugeben. Da sie aber gleichzeitig mit neuen Vorstössen – darunter einem Beutezug auf Banken und

verwandte Kreise – aufwartete, kam die erneut zusammengetretene Nationalratskommission wiederum ins Schleudern und vertagte sich auf den Monat August – unter Hinterlassung von «Strafaufgaben» für den Bundesrat, der bis dahin eine ganze Reihe von Fragen insbesondere im Zusammenhang mit vorgeschlagenen neuen Einnahmequellen (Devisenumsatzsteuer, Mehrbelastung des Schwerverkehrs, Autobahnvignetten) schlüssig beantworten soll.

Wie dieser Scherbenhaufen zu bewerten ist, bleibt vorerst auch für die parlamentarischen Hauptstrategen wenn nicht rätselhaft, so doch umstritten. Lässt sich trotz allem noch eine sachliche Lösung mit der nötigen politischen Basis finden, die eine erfolgreiche Volksabstimmung noch vor den Wahlen 1979 möglich machen würde? Die Antwort auf diese Kernfrage hängt nicht zuletzt auch davon ab, welche Alternativen für eine Übergangsordnung als realistisch erscheinen. Und hier beginnt sich eine gewisse Desillusionierung abzuzeichnen.

Für die Sozialdemokraten stellt sich die Frage, ob sie das Risiko eingehen sollen, als «Saboteure» der Finanzreform und damit auch als indirekte Haupturheber von neuen Sparprogram-

men ins Wahljahr zu gehen. Die bürgerlichen Parteien ihrerseits müssen sich überlegen, ob sie mit dem Odium des finanzpolitischen Versagens und der Aussicht auf unberechenbare «Zwischenlösungen» im Steuer- wie im Ausgabenbereich in den eidgenössischen Wahlkampf ziehen wollen und können. Darüber hinaus lässt sich bei aller Taktik nicht über die Sachfrage hinwegsehen, in welchem Zustand der Bundesfinanzhaushalt aus einem mehrjährigen «Interregnum» herauskäme und wie sich die Ausgangslage für eine Finanzreform, die diesen Namen verdient, dannzumal darbieten werde.

So oder so: die Lage ist recht ernst, und ein politisches «Treibenlassen» müsste verhängnisvolle Folgen haben – Folgen, bei denen wohl keine der beteiligten Parteien ungeschoren davon käme, vom «politischen System» als ganzem gar nicht zu reden. So bleibt zu hoffen, dass die sommerliche «Denkpause» wirklich zum Nachdenken benutzt wird. Die Öffentlichkeit hat Anspruch auf Klärung in einer Sache, die zu wichtig ist, als dass sie zum blossen Spielball von wahltaktischen Fingerübungen herabsinken dürfte.

Richard Reich

AMERIKAS PROFILNEUROSE

Präsident Carters aussenpolitischem Kurs mangelt es an einer festen Zielrichtung. Markige (oder zumindest so gemeinte) Worte wechseln mit Taten, die mit den verbalen Demonstrationen kaum deckungsgleich sind; in der Rüstungspolitik, im Nahen Osten und in Afrika ist es schwer, eine klare Linie

zu entdecken und den Willen der Administration Washingtons herauszukristallisieren. Es fehlen die klaren prägnanten Formulierungen, die beispielsweise ein Kissinger stets zur Hand hatte; es gibt auch, wenigstens bis jetzt, *keine Carter-Doktrin*.

Dieses Tasten dauert nun bereits

mehr als anderthalb Jahre, ohne dass es völlig deutlich geworden wäre, ob dahinter Unsicherheit und Mangel an Phantasie oder nur überlegenvorsichtige Zurückhaltung sich verbergen. Bei aller ungedulden Kritik sollte die Ausgangsposition nicht vergessen werden, in der Carter sein Amt anzutreten gehabt hatte. Aussenpolitisch war Amerika durch den Ausgang des Vietnam-Konfliktes in den grundlegenden Auffassungen erschüttert worden, die seine Politik seit 1945 geprägt hatten, in der Übernahme globaler Verpflichtungen, in einem weltweiten Engagement, das ungeachtet der Begrenztheit der Möglichkeiten und Kapazitäten eingegangen war. Nun zeigte die Realität, dass auch einer Supermacht mit ihren immensen Ressourcen wie die USA an Grenzen der Belastbarkeit stossen kann. Innenpolitisch waren die Vereinigten Staaten aufgewühlt durch Watergate und den tristen Auflösungsprozess der Präsidentschaft Nixons. Alles zusammen rührte an den Fundamenten bislang unantastbarer Überzeugungen über Richtigkeit und Vorbildhaftigkeit des *american way of life*. Es war eine Erschütterung, die tiefer ging als die Krise der dreissiger Jahre; zwei Jahrhunderte nach ihrer Gründung sehen sich die USA mit der Aufgabe konfrontiert, ihre Mission neu zu formulieren.

Eine solche Umwälzung durchlebt ein Land nicht von einem Tag zum andern, auch nicht innerhalb weniger Jahre. Es wird ein langwieriger Umschichtungsprozess sein, ehe die Vereinigten Staaten wieder jenes innere Gleichgewicht gefunden haben werden, das sie einst auf ihrem Weg in die weltpolitische Verantwortung begleitet hat. Die neue Stabilität wird auch wohl von grö-

serer Skepsis und stärkerer Differenziertheit getragen sein müssen als der unverwüstlich-draufgängerische Optimismus der Zeit nach 1945.

In dieser Entwicklung sind Carter und sein Regierungsteam nur ein *Anfang*. Der Farmer aus Georgia hat seine Wahl im Herbst 1976 unter anderem vor allem einer Welle der Frustration zu verdanken gehabt, die damals durch das Land ging und sich gegen alles wandte, was mit «Washington» zusammenhing. Das Votum für Carter war gleichzeitig die Stimme für einen Wandel in der Politik; was im einzelnen anders werden sollte, wie und auch wie schnell, darüber gingen die Vorstellungen weit auseinander. Carter hätte in die Arena treten können mit dem Fanfarenton eines neuen, umfassenden Programmes in der Art des Rooseveltschen *New Deal* oder eines Kennedyschen *Grand Design* und Aufbruches zu neuen Grenzen. Dazu aber reichten Statur und Kraft offensichtlich nicht aus. Die Politik der kleinen Schritte und des zögernden Vorantastens und hastigen Zurückweichens, die Carter bisher praktiziert hat, verstärken die Vermutung, dass hier ein Präsident am Werke ist, der nur das Terrain vorbereiten hilft für spätere, die neue Wege einschlagen werden. Amerika braucht ein neues Profil, um in den kommenden Jahren die Rolle spielen zu können, in die es nach dem Zweiten Weltkrieg zwangsläufig hineingewachsen ist. Es wird sich in diese Rolle aber nur finden können, wenn auch von oberster politischer Stelle starke und unmissverständliche Impulse ausgehen, welche die Richtung bestimmen, die nun eingeschlagen werden soll.

Alfred Cattani

VERWIRRUNG UM DIE KARTELLE

Vor nicht allzu langer Zeit hat ein gewichtiges Mitglied der helvetischen Unternehmerprominenz in einem Vortrag die «These» aufgestellt, dass *kartellistische Absprachen* ein wirtschaftliches Ordnungselement ersten Ranges darstellten. Er projizierte es auf den Hintergrund der «Anarchie» des Marktes; die nicht kartellistisch strukturierten Märkte würden vom «Gesetz des Dschungels» beherrscht. *Freie* Marktwirtschaft müsse demnach bedeuten, dass die Unternehmungen «ihre» Marktordnungen selbst organisieren dürften.

Es ist zu vermuten, dass nicht wenige Unternehmer diese Denkweise zumindest sympathisch finden. Sollte sie die Frucht ordnungspolitischer Exerzitionen sein, mithin nicht einfach opportunistisch-taktischen Überlegungen entspringen, so wäre man allerdings berechtigt, von einer *totalen Verkennung* der Funktionsweise einer marktwirtschaftlichen Ordnung und der liberalen Werte, die sie verkörpert, zu sprechen. Weshalb?

Der erste Irrtum besteht darin, dass im Zentrum der Marktwirtschaft nicht die Unternehmungen, sondern die *Konsumenten* stehen. Es geht bei jeder Form wirtschaftlicher Tätigkeit letztlich um *Bedürfnisbefriedigung*, und zwar Bedürfnisbefriedigung aufgrund knapp verfügbarer Produktionsfaktoren. Es ist deshalb legitim, an eine Wirtschaftsordnung die Forderung zu stellen, dass sie aus einem gegebenen Volumen an Produktionsfaktoren eine möglichst hohe Bedürfnisbefriedigung sicherzustellen vermag (Systemeffizienz). Die Marktwirtschaft enthält nun – was hier

nicht weiter ausgeführt werden kann – ein Lenkungssystem, das in der Tendenz auf die Herstellung einer optimalen Bedürfnisbefriedigung zielt. Nicht funktionsfähige Märkte, nicht funktionsfähige Preissysteme vor allem, verhindern eine optimale Allokation der Ressourcen. Sie bedeuten eine *Wohlstandminderung*. Kartelle sind unter *diesem* Gesichtspunkt zu beurteilen.

Der zweite Irrtum: Kartelle verkörpern stets *Machtpotenzen*. Sie äussern sich eben darin, dass andere als marktwirtschaftlich begründbare Verteilungsproportionen zustande kommen. Das liberale Kredo aber konzentriert sich auf die Verwirklichung einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, in der das Machtproblem entschärft wird. Individuelle Freiheit kann nur dann bestehen, wenn dem Machtproblem als einer ständigen Herausforderung wirtschaftspolitisch begegnet wird. Das sind die zwei Seiten ein und derselben Münze. Das *Mittel* ist eine wirksame Wettbewerbspolitik: Entgiftung der Macht durch deren Teilung mit Hilfe einer dezentralen Entscheidungsstruktur – was eben Wettbewerb bedeutet. Wettbewerb ist also nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zwecke der Durchsetzung eines *fundamentalen liberalen Wertes*. Wer Kartellen das Wort redet, kann sich mithin weder auf das liberale Gedankengut noch auf die Spielregeln der Marktwirtschaft berufen. Er spricht bestenfalls im Namen einer spezifischen Interessengruppe.

Die Einsicht in die Grundsätze ist eines, ihre *Umsetzung* in wirtschaftspolitische Aktionen aber etwas ganz anderes. Kein Liberaler wird sich für die

Verwirklichung des Wettbewerbs à tout prix stark machen. Er wird sich aber dafür einsetzen, dass der Grundsatz erhalten bleibt und in der Wirtschaftsordnung deutlich sichtbar wird. Es gilt, die mannigfachen Probleme und Lösungsansätze, die die Wettbewerbspolitik aufwirft, sorgfältig gegeneinander

abzuwägen. Zwischen der pauschalen Verwerfung des Wettbewerbs als Ordnungsprinzip auf der einen Seite und der Bereitschaft, ihm dort, wo dies möglich und vernünftig ist, Nachachtung zu verschaffen, besteht indessen ein grundsätzlicher Unterschied.

Willy Linder



**Ihr täglicher
Vitaminspender**

PURGOLD

der 100% naturreine Orangensaft

Von der **OVA** 8910 Affoltern a. A.